

16/SN-34/ME



REPUBLIK ÖSTERREICH
Landesgericht Linz
Der Präsident

Linz, am 26.6.1987

Fadingerstraße 2
A-4020 Linz

Briefanschrift
A-4010 Linz, Postfach 261

Telefon
0 73 2/27 64 21-0*

Fernschreiber 02/1391

Sachbearbeiter

Klappe (DW)

An das

Präsidium des Nationalrates

W I E N

Betrifft GESETZENTWURF	
Zl.	34. GE 1987
Datum:	17. JULI 1987
Verteilt:	22. Juli 1987 <i>Hoff</i>

Dr. Pöschner 2045-2/87

Betrifft: Bundesgesetz, mit dem das Investment-
fondgesetz und das Depotgesetz geändert werden sollen

Bezug: GZ 23 1005/7-V/14/87 vom 7.5.1987 des BMf.Finanzen
25 Beilagen

Im Sinne des bezogenen Ersuchens des BMfFinanzen
Übermittle ich in der Anlage 25 Ausfertigungen meiner heute
erstatteten Äußerung.

Erich Otto Garhofer

(Hofrat Dr. Erich Otto Garhofer)



REPUBLIK ÖSTERREICH
Landesgericht Linz
Der Präsident

Linz, am 26.6.1987

Fadingerstraße 2
A-4020 Linz

Briefanschrift
A-4010 Linz, Postfach 261

Telefon
0 73 2/27 64 21-0*

Fernschreiber 02/1391

Sachbearbeiter

Klappe (DW)

An das

Bundesministerium für
Finanzen

Himmelpfortgasse 4-8
Postfach 2, 1015 WIEN

Jv 2045-2/87

Betrifft: Bundesgesetz, mit dem das Investment-
fondgesetz und das Depotgesetz geändert werden sollen

Bezug: GZ 23 1005/7-V/14/87 vom 7.5.1987

3 Beilagen

Zum bezogenen Ersuchen erstatte ich im Einvernehmen mit dem mit Registersachen befaßten Richter des LG Linz und unter Anschluß von Fotokopien der im folgenden zitierten Rechtsvorschriften nachstehende Äußerung:

1) Abschnitt I (Investmentfondgesetz):

Aus der Sicht der Handelsregistergerichte wäre es notwendig, die Übergangs- und Anpassungsvorschrift des Art. II nicht bloß auf die Kapitalaufstockung gemäß § 2 Abs. 6 zu beschränken, sondern sie auf jegliche im Sinne dieser Novelle erforderliche Satzungs- bzw. Vertragsanpassung zu erweitern. Gleichzeitig wäre sie auch mit Sanktionen auszustatten. Hinsichtlich der Kapitalaufstockung wäre eine Regelung analog zu Art. III §§ 2 bis 4 und 6 bis 8 GmbHÄndG, BGBl.Nr. 320/1980 und zu § 6 Abs. 2 Z 4, Abs. 3 und 4 KWG angezeigt.

Für allfällige sonstige Anpassungserfordernisse wäre eine Automatikklausele wie im Art. V Abs. 2 und 3 GesRändG, BGBl. Nr. 371/1982 ausreichend und praxisgerecht.

2) Abschnitt II (Depotgesetz): kein Vorschlag

3) Abschnitt III (Vollzugsklausel):

Auch hinsichtlich Abschnitt I Art. II wäre der Bundesminister für Justiz mit der Vollziehung zu betrauen.

